



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 11. Oktober 2016

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Insgesamt wurden letzte Woche 10.000 Menschen im Mittelmeer gerettet. 142.000 Menschen sind dieses Jahr über das Mittelmeer in Italien angekommen, 3.100 auf der Überfahrt gestorben. Allein diesen Oktober haben bereits 12.000 Fliehende Italien über das Mittelmeer erreicht. Der Chef des Bundeskanzleramts, Peter Altmaier, hat zugesagt, 500 Geflüchtete pro Monat aus Italien aufzunehmen.
<http://www.zeit.de/gesellschaft/2016-10/fluechtlinge-seenot-rettung-kueste-libyen-open-arms-fs> (05.10.16)
- <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-10/fluechtlingpolitik-italien-kanzleramtsminister-peter-altmaier-hilfe> (06.10.16)
- Im UN-Sicherheitsrat wurden am Wochenende die Resolutionsentwürfe Frankreichs und Russlands auf Grund gegenseitiger Blockade abgelehnt. Die internationale Diplomatie zergeht sich in Streitereien, die Details sind kaum nennenswert, während Ost-Aleppo weiterhin bombardiert wird, *Reuters* zitiert heute Mittag einen Rebellenkommandeur, der von massiven Bombardements spricht. Die russische Luftwaffe soll weiterhin verantwortlich sein.
<http://www.tagesschau.de/ausland/aleppo-putin-101.html> (11.10.16)
<http://de.reuters.com/article/syrien-russland-luftangriffe-idDEKCN12B18D> (11.10.16)
- Etwa 350 Menschen hatten sich vergangene Woche von Belgrad aus in Richtung der ungarischen Grenze auf den Weg gemacht. Auf ihrer Flucht waren sie in Serbien gestrandet. Mit dem 210-Kilometer langen Marsch wollten sie gegen den ungarischen Grenzzaun protestieren, der ihr Weiterkommen verhindert. Weiter als 40km kamen sie allerdings nicht, sie wurden von der serbischen Polizei gestoppt. Serbien hat unterdessen angekündigt, seine Grenze komplett zu schließen sollten Ungarn, Österreich und Slowenien entsprechende Schritte unternehmen.
<http://www.n-tv.de/politik/Fluechtlinge-wollen-Oeffnung-der-Balkanroute-article18784566.html> (04.10.16)
<http://derstandard.at/2000045348003/Serbien-kuendigt-komplette-Grenzschiessung-fuer-Fluechtlinge-an> (04.10.16)
- Auf Lesbos befinden sich mittlerweile 6.500 Fliehende bei einer Kapazität der Lager von 3.500, die Unterkünfte in Chios sind für 1.100 Menschen ausgelegt, 4.100 sind momentan auf der Insel. Täglich kommen neue Fliehende aus der Türkei auf die Inseln, dort müssen sie verweilen bis ihre Asylverfahren abgeschlossen sind.

<http://www.handelsblatt.com/politik/international/fluechtlinge-in-griechenland-in-lesbos-soll-wieder-mal-alles-besser-werden/14659628.html> (08.10.16)

- Die EU-Grenzschutzagentur Frontex bekommt mehr Kompetenzen und wird unabhängiger von den EU-Mitgliedsstaaten. Ursprünglich als reine Koordinierungsagentur gedacht, werden ihr nun direkt 1.500 Beamt*innen unterstehen, zudem kann sie eigenständig Flugzeuge anmieten. Ihr Budget stieg von 142 Mio. Euro im letzten auf 250 Mio. Euro in diesem Jahr, im Kommenden werden es dann 330 Mio. Euro sein. Der Auftrag der Agentur liegt explizit auf dem Schutz der Grenzen, nicht auf dem von Menschenleben. Dies wird auch so offen kommuniziert.
<http://www.tagesspiegel.de/politik/europaeischer-grenzschutz-frontex-bekommt-mehr-macht-aber-rettet-keine-fluechtlinge/14646512.html> (06.10.16)
- Einem Bericht des Europarats zufolge besuchen 400.000 in die Türkei geflüchtete Kinder aus Syrien nicht die Schule. Diese Zahl bezieht sich auf den Zeitraum bis zum 17. März dieses Jahres.
<http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/fluechtlinge-in-der-tuerkei-keine-schule-fuer-400-000-syrische-kinder-a-1115098.html> (04.10.16)

Bund, Land, Kommune

- Ungefähr die Hälfte der gestellten Asylanträge von Menschen mit afghanischer Staatsbürgerschaft werden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) abgelehnt. Die Bundesregierung begründet dies zum einen mit der Präsenz der Bundeswehr in dem nach ihrer Auffassung stabilisierten Land, mit hohen Zahlungen an Entwicklungshilfe sowie mit innerstaatlichen Fluchtalternativen. Die UN weisen auf den wachsenden territorialen Einfluss der Taliban hin sowie die durch sie zunehmende Bedrohung der zivilen Bevölkerung. Vorvergangenen Sonntag unterzeichneten Afghanistan und die EU ein Abkommen, mit welchem die schnellere Abschiebung von afghanischen Geflüchteten ermöglicht werden soll. Die afghanische Regierung verpflichtet sich, Reisedokumente auszustellen, die EU trägt die Kosten der Abschiebung. Beide wollen mit einer Kampagne die Menschen in Afghanistan von der Flucht abhalten.
Die Stadt Kundus im Norden Afghanistans wurde letzte Woche von den Taliban angegriffen. Fast 24.000 Menschen sind inzwischen aus der Stadt geflohen. Die Stadt ist weiterhin umkämpft, die US-Luftwaffe fliegt Angriffe auf die Stellungen der Taliban.
http://www.deutschlandfunk.de/abkommen-mit-der-eu-minister-beschliessen-milliarden-fuer.1818.de.html?dram:article_id=367676 (05.10.16)
<http://www.dw.com/de/7-fragen-zur-r%C3%BCckf%C3%BChrung-afghanischer-fl%C3%BCchtlinge/a-35953874> (05.10.16)
http://www.deutschlandfunk.de/afghanistan-der-erbitterte-kampf-um-kundus.799.de.html?dram:article_id=367957 (08.10.16)
http://www.deutschlandfunk.de/afghanistan-fast-24-000-menschen-aus-kundus-geflohen.447.de.html?drn:news_id=665157 (10.10.16)
- Auf Grund eines Terrorverdachts führte die Polizei am Samstag in einer Chemnitzer Wohnung eine Razzia durch und fand dort Sprengstoff sowie Chemikalien. Der in der Wohnung sich aufhaltende Verdächtige konnte entkommen und wurde in der Nacht von Sonntag auf Montag in Leipzig festgenommen. Er war aus Syrien nach Deutschland geflüchtet, seiner Festnahme voraus ging der Einsatz eines Geflüchteten der ihn überlistete, festhalten und die Polizei alarmieren konnte. In der Folge werden die Rufe vor allem aus der Union laut, Geflüchtete nachrichtendienstlich bei der Einreise zu überprüfen. Das Bundesinnenministerium hat am Freitag (also vor der Polizeimaßnahme in Chemnitz) einen Gesetzesentwurf in die Ressortabstimmung gebracht. Mit diesem sollen von Innenministerium so genannte „Gefährder*innen“ mittels des neu geschaffenen Haftgrunds „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit“ zunächst in Gewahrsam genommen und dann abgeschoben werden. Diese Regelung soll ausschließlich für Menschen gelten, die bereits

vollziehbar ausreisepflichtig sind.

<http://www.mdr.de/sachsen/leipzig/polizei-fasst-terrorverdaechtigen-albokr-in-leipzig-100.html>
(10.10.16)

<http://www.sueddeutsche.de/politik/sachsen-syrische-landsleute-hielten-terrorverdaechtigen-fest-1.3198126> (10.10.16)

<http://www.berliner-zeitung.de/politik/nach-festnahme-von-dschaber-a--druck-auf-fluechtlinge-in-sachsen-waechst-24876420> (10.10.16)

- In Sebnitz haben fünf 14-20-Jährige drei geflüchtete Minderjährige mit einem Messer bedroht und geschlagen. Die Verdächtigen konnten ermittelt werden, sie hatten während der Tat rechtsradikale Parolen skandiert.
<http://www.tagesspiegel.de/politik/sebnitz-in-sachsen-fluechtlingskinder-mit-messer-bedroht-und-geschlagen/14657998.html> (07.10.16)
<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/sebnitz-angriff-auf-fluechtlingskinder-vernehmung-erhaertet-verdacht-gegen-jugendliche-a-1116004.html> (10.10.16)
- In einigen Bundesländern steigen die Anträge bei den dortigen Härtefallkommissionen. An diese können sich Geflüchtete wenden, wenn asyl- wie aufenthaltsrechtlich alle Mittel ausgeschöpft sind und sie von den Bundesländern definierte Integrationsleistungen nachweisen können. Einige Länder wie zum Beispiel Niedersachsen haben die Antragstellung beschränkt, indem dort zum Beispiel die Geflüchteten nur nach 18 Monaten Aufenthalt in Deutschland Anspruch haben, die Kommission anzurufen.
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-10/abgelehnte-asylbewerber-haertefallkommission-fluechtlinge-anstieg> (08.10.16)

Hintergrund und Meinung

- Im *tagesspiegel* verdeutlichen Luise Amtsberg und Kai Gehring von der Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen die teils lebensbedrohliche Lage, in der sich LGBTIQ-Menschen in vielen Ländern der Welt befinden – in 73 steht Homosexualität unter Strafe, in Weiteren, wie in Russland, sehen sich LGBTIQ-Menschen der Verachtung der Mehrheitsgesellschaft gegenüber. Die Abgeordneten beklagen wenig Verständnis und geringe politische Sensibilität für das Schicksal jener Geflüchteter gerade in der hiesigen Verwaltung. In Deutschland sehen sich diese Menschen oftmals wieder Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt. Umso wichtiger seien geeignete Schutzmaßnahmen bzw. -räume in den Unterkünften. Begrüßenswert sei ehrenamtliches Engagement und der zunehmende Einsatz der LGBTIQ-Communities in Deutschland. Umso mehr sei ihre Unterstützung durch staatliche Strukturen vonnöten.
<http://www.tagesspiegel.de/berlin/queerspiegel/sexuelle-orientierung-und-geschlechtsidentitaet-fuer-lgbti-fluechtlinge-ist-deutschland-nicht-sicher-genug/14644148.html> (07.10.16)
- Katrin Gänsler berichtet in dieser Reportage der *taz* von den aus Mali Geflüchteten, die sich heute in Burkina Faso aufhalten. Die nördlichen Regionen des Landes im Grenzgebiet zu Mali destabilisieren sich nach und nach, Hilfsorganisationen sind abgezogen. Die nach Schätzungen des UNHCR 32.000 Geflüchteten versuchen, wirtschaftlich über die Runden zu kommen, doch selbst den Wohlhabenderen fällt dies zunehmend schwer. Der Aufenthalt in Burkina Faso währt nun schon länger als anfangs gedacht. Mali selber wird „zum sprichwörtlichen Pulverfass für die ganze Region“.
<http://www.taz.de/!5340834/> (10.10.16)
- Für Bernhard Honnigfort von der *Frankfurter Rundschau* ist der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich im Kampf gegen Rechtsradikalismus Teil des Problems und nicht der Lösung. Zwar verurteile er in behäbiger Beständigkeit, wenn es zu Gewaltexzessen in seinem Bundesland komme, das geschehe aber immer zu spät. Er scheue Auseinandersetzungen und zeige keine klare Kante. Obwohl er nach Honnigforts Ansicht durchaus guten Willens sei, habe er zu allem Überflus nun auch noch seine eigene Partei nicht mehr unter Kontrolle. Die fasere am rechten Rand aus, liebäugle damit,

Koalitionen mit der AfD einzugehen, einige Mitglieder nutzen nationalsozialistische Begriffe, ein hoher Anteil sympathisiere eher mit Viktor Orban als mit der eigenen Bundesparteichefin.

<http://www.fr-online.de/leitartikel/einheits-feier-tillich-muss-aufwachen,29607566,34825580.html>
(04.10.16)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: info@saechsischerfluechtlingsrat.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: refugeelawclinic@uni-leipzig.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 **UNO-Flüchtlingshilfe**